



Dr. Susanne Willems

Hannes Neikes und die Entrechtung der jüdischen Bevölkerung Berlins

Bis heute ehrt die Stadt Saarbrücken den ehemaligen Oberbürgermeister der Stadt Hannes Neikes (1921 -1935) mit einer Straße und einer Turnhalle, die nach ihm benannt sind. Neikes hat sich um die Etablierung der nationalsozialistischen Diktatur und der Verfolgung der jüdischen Minderheit und des demokratischen Saarbrückens in den Jahren von 1933 bis 1935 verdient gemacht. In seiner Amtszeit wurde Adolf Hitler 1934 zum Ehrenbürger von Saarbrücken ernannt und die Verfolgung der jüdischen Bevölkerung der Stadt Saarbrücken eingeleitet. Diese Tatsachen sind seit etwa 20 Jahren bekannt und haben nicht dazu geführt, dass die Stadt Saarbrücken die Ehrung des Hitler Anhängers widerrufen hätte. Durch einen Aufsatz in den „Saarbrücker Heften 119“ sind nun weitere Tatsachen über die Beteiligung von Neikes an der Verfolgung und Deportation zehntausender jüdischer Männer, Frauen und Kinder als enger Mitarbeiter von Hitlers Rüstungsminister Albert Speer in Berlin bekannt geworden. Darüber wird die Berliner Historikerin Susanne Willms am 15. November 2019 in einer Veranstaltung berichten.

Freitag, 15. November 2019 / 19.00 Uhr

Filmhaus Saarbrücken / Mainzerstr. 8

Eintritt frei

Eine Veranstaltung der Heinrich Böll Stiftung Saar
Mehr Infos unter: www.boell-saar.de



Die von der Behörde Speers für den hauptstädtischen Ausbau Berlins seit Anfang 1941 veranlassten Wohnungsräumungen gegen Berliner Juden stürzten zehntausende Menschen in die Wohnungslosigkeit, die Quartier bei Freunden und Bekannten oder als Untermieter bei anderen Juden finden mussten.

Seit September 1938 wollte die Behörde Speers in Wohnungen Berliner Juden die in innerstädtischen Abbruchvierteln räumungspflichtigen Mieter unterbringen. Ab 1942 vermittelte sie Wohnungen von Juden auch im Rahmen der Wohnungsfürsorge von Reichsbehörden und an Speers sonstige wohnungssuchende Klientel aus Politik und Wirtschaft. Einen Teil der Wohnungsräumungen vollzog ab Mitte Oktober 1941 die Gestapo mit den Massendeportationen, die den Vorgaben der Speerschen Behörde folgten und das von ihr gegen Berliner Juden erzeugte Wohnungselend in die Ghettos und Vernichtungslager verschob.

Diese rassistische Wohnungsmarktpolitik entwarfen die Bürokraten der Speerschen Neugestaltungsbehörde unter der Leitung von abgedankten oder glänzende Karrieren anstrebenden Kommunalbeamten. Sie dienten Speer auch nach seinem Aufstieg zum Rüstungsminister, als der er sich im September 1942 entscheidend am Ausbau von Auschwitz zum größten Konzentrations- und Vernichtungslager beteiligte.



Dr. Susanne Willems ist Historikerin und Dozentin an der Berliner Hochschule für Wirtschaft und Recht. Ihre Publikationen Der entsiedelte Jude. Albert Speers Wohnungsmarktpolitik für den Berliner Hauptstadtbau und Auschwitz. Die Geschichte des Vernichtungslagers sind jüngst in der Eulenspiegel Verlagsgruppe Berlin in zweiter Auflage erschienen.